



LDV-Beschluss Nr. 11

Ambulante Psychotherapeutische Versorgung für Kinder und Jugendliche

Die GEW BERLIN fordert den Senat dazu auf, die im Bereich ambulante Hilfen beabsichtigten Kürzungen zurückzunehmen und dieses Budget so aufzustocken, dass der durch den Wegfall der Therapeutenstellen im Bereich Schulpsychologie entstandene Mehrbedarf durch die ambulanten Psychotherapeuten aufgefangen werden kann.

Die GEW BERLIN weist den Senat darauf hin, dass die Verlagerung therapeutischer Hilfen vom öffentlichen Dienst zu niedergelassenen Psychotherapeuten bisher mit den Leistungserbringern und Jugendämtern der Bezirke nicht abgesprochen wurde und daher größere Versorgungslücken zu Lasten von Eltern, Schülern und den Schulen zu erwarten sind.

Der Senat wird aufgefordert, diese Mängel schnellstmöglich zu beheben und durch eine solide Bedarfsplanung sowie eine Vereinfachung des Beantragungsverfahrens zum neuen Schuljahr eine Versorgungsstruktur zu schaffen, die dem Bedarf gerecht wird und das bisherige Angebot im Schulpsychologischen Dienst ersetzt.